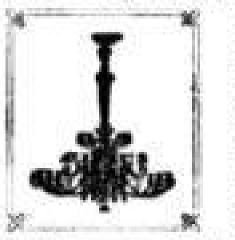
Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Sprechstunde der Redaktion: Vormittags 11–12 Uhr.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Meyer's mollige Schlafröcke Winter-Joppen, Mäntel
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.



Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Photographische Apparate
als interessanteste Weihnachtsgeschenke in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche, Moritzstrasse 20
(schräguber der Post, Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pf. in Briefm.

Baby-Bazar | **Hermann Arndt**, Bautznerstr. 46,
empfiehlt reichste Auswahl sämmtlicher **Baby-Artikel.**

1. Tapeten-Specialgeschäft Dresdens
F. Schade & Co.
Victoriastrasse 2. Telephon I, Nr. 188.

Photographie von **Hahn**'s Nachf.
Specialitäten: **Kinder-** und **Gruppen-Aufnahmen**, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 331. **Spiegel:** Demissionsgerüchte, Zuckersteuer. Hofnachrichten, Landtag, Stadtverordnetenwahlen, Handels- u. Gewerbekammer-Sitzung, Albertvereinsball in Leipzig, Elektr. Licht, Handwerkerverein, Philharm. Concert. | Muthmaßliche Witterung: Nebel, Frost. | **Donnerstag, 28. Novbr.**

Für den Monat Dezember

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches

Die innere Politik zeigt augenblicklich ein Potpourri von parteipolitischen Verlegenheiten und dementsprechenden mehr oder weniger frommen Wünschen, darunter auch Kartellträume, die wegen ihrer inneren Unmöglichkeit nicht über das Stadium der theoretischen Erörterung hinauskommen dürften. Da sich in unserer krankhaft subjektiven Zeit, der die politische, künstlerische, wissenschaftliche Objektivirung fast gar nicht mehr geläufig ist, Alles auf das persönliche Moment zuspitzt, so fehlt auch in diesem Falle der übliche persönliche Bodensatz nicht, zu dem sich die hin und her wogenden Hoffnungen und Stimmungen der einflußreichen Parteien und derer, die es gern werden möchten, zu verdichten pflegen. Ein Krisengerücht aus angeblichen Regierungskreisen jagt das andere und während draußen im Wald und auf der Haide das Hifthorn tönt, veranstalten die Entenjäger der Presse ein fröhliches Jagen auf das „edle Wild" der nach der einen oder anderen Seite hin unbequemen Träger der Regierungsgewalt. Dieses Spiel hat sich schon so lange regelmäßig jahraus, jahrein wiederholt, daß das Interesse daran allmählich erkaltet ist. Es muß schon eine ganz besondere Pointe sein, die auf diesem Gebiet noch einige Beachtung erregen soll. Das kann diesmal höchstens von der sinnigen Meldung einiger süddeutscher Blätter gelten, daß Herr v. Lucanus, der „schwarze Mann" in Preußen, höchstselbst im Begriff stehe, von dem Schicksal, das er so vielen Portefeuillenträgern kalt lächelnd bereitete, ereilt zu werden. Wie werden sich ob dieser Nachricht alle Diejenigen freuen, denen seinerzeit der Träger der verhängnißvollen Botschaft nahte und sie wider ihre Neigung aus den Regionen vertrieb, die zu verlassen den heutigen Ministern durchgehends so schwer fällt! Wie werden alle die Opfer des Unerbittlichen, der bisher mit der Wucht eines Verhängnisses einherzuschreiten gewohnt war, in Genugthuung über seinen Sturz schwelgen! Wenn auch schließlich nichts aus der Sache wird, was macht das aus? Es war doch ein augenblicklicher Lichtblitz, der das Dunkel der lukanisirten „außeramtlichen Existenzen" erhellte, der ihnen eine kommende Morgenröthe zeigte, die von keinem schwarzen Fittich mehr verdunkelt wird! Aus solchen Hoffen und Harren kann vielleicht doch noch einmal der Weg wieder hinaufführen zu den Höhen der Regierungsherrlichkeit ....

Inzwischen weiß Niemand recht zu sagen, wie es eigentlich dort oben, wo die Minister in verschwiegener Weisheit die Geschicke des Reiches berathen, aussieht. Nur eins steht bei allen Parteien, die nicht auf den Spuren des Radikalismus wandeln, fest, daß nämlich die Regierung im Reiche keine zielbewußte Initiative in der inneren Politik habe. Der Mangel an Initiative in der Regierung aber erzeugt einen Mangel an Direktive bei den staatserhaltenden Parteien und so wächst in der zur Ordnungssache haltenden Bevölkerung stets mächtiger die Neigung heran zu der Alternative: Entweder — oder, in dem Sinne eines kräftigen Aufschwunges der nationalen Politik und der ernsthaften Bekämpfung des Umsturzes mit Hilfe einer klaren Sondergesetzgebung, die deutlich sagt, wen und was sie treffen will und wen und was nicht. Der zu gewärtigenden Aussprache der Thronrede über diesen Punkt sieht man diesmal mit ganz besonderer Spannung entgegen. Auch die orientalischen Wirren werden voraussichtlich Anlaß zu einer Erklärung in der Thronrede bieten. Es wäre zu wünschen, daß nach dieser Richtung eine ganz klare Stellungnahme erfolgte, die über den unbeugsamen Willen der Regierung, in den etwa auftauchenden Schwierigkeiten ein fortlaufendes gutes Einvernehmen mit Rußland zu bewahren, durchaus keinen Zweifel ließe. Eine unverschnörkelte Kundgebung dieser Art wäre ein staatspolitischer Akt ersten Ranges, der wegen seiner hohen Friedensgewähr auch für die weitere Entwickelung des wirthschaftlichen Verkehrs von Bedeutung sein würde.

Von grundsätzlicher Wichtigkeit für die künftige gedeihliche Wirksamkeit der gegenwärtigen Regierung wird aber vor Allem die Haltung sein, zu der sie sich in der Thronrede gegenüber der Landwirthschaft bekennt. Zunächst kommt hier die Frage der Neuregelung der Zuckerbesteuerung in Betracht. Die deutsche Zuckerindustrie nimmt unbestritten in der ganzen Welt den ersten Rang ein und die Landwirthschaft hat bei der steigenden Ertragslosigkeit des Körnerbaues ein Lebensinteresse daran, daß ihr nicht auch noch die Verwerthung der Zuckerrübe durch fortgesetzte Preisverminderungen dieses Erzeugnisses unmöglich gemacht werde. Die erste schwere Beunruhigung der deutschen Zuckerinteressenten erfolgte um die Mitte des Jahres 1894, als der neue amerikanische Tarif einen Zollzuschlag auf solchen Zucker festsetzte, der aus Staaten, die Ausfuhrprämien zahlen, eingeführt wird. Die hierdurch bewirkte theilweise Schließung des amerikanischen Absatzmarktes führte in Verbindung mit der von Frankreich ausgehenden mächtigen Konkurrenz zu einer energischen Agitation in den betheiligten deutschen Kreisen, die nunmehr, wie verlautet, dahin geführt hat, daß dem Bundesrathe ein Gesetzentwurf zur anderweitigen Regelung des Gegenstandes (angeblich durch eine konkurrenzfähige Erhöhung der Ausfuhrprämie und der Verbrauchsabgabe) vorgelegt worden ist. Es ist das eine Maßregel, die im Interesse der Landwirthschaft durchaus nicht zu umgehen ist, nachdem die Versuche der Reichsregierung, eine Regelung der Sache auf internationalem Wege herbeizuführen, an dem wirthschaftspolitischen Widerstand der betheiligten Konkurrenzländer Schiffbruch gelitten haben. Die aus der Neuordnung des Gegenstandes hervorgehende Mehrbelastung des Konsums dürfte 1½ Pfennige für das Pfund Zucker keinesfalls übersteigen und man darf daher wohl behaupten, daß die zu erwartende Preissteigerung des Zuckers den Kleinverkehr nicht merkbar belasten werde. Trotzdem wird man sich darauf gefaßt machen müssen, daß um diesen einen Reichspfennig die radikalen Parteien ihr gesammtes oppositionelles Geschütz in Thätigkeit setzen werden. Von landwirthschaftlicher Seite sollte man demgegenüber einmal eine Rechnung aufmachen über die Höhe der von denselben Leuten widerspruchslos geduldeten privaten Steuererhöhung, die von den Getreidejobbern auf dem „indirekten" Börsenwege blos im letzten Erntejahre an den landwirthschaftlichen Produkten zu dem Zwecke vorgenommen worden ist, um die Vorräthe, die man erst zu künstlich erniedrigten Preisen den Erzeugern abgedrückt hatte, mit hohem Spekulationsgewinn an die Konsumenten wieder abzugeben. Immerhin wird die Unterstützung der Landwirthschaft in der Zuckerfrage nur einen ganz geringen Bruchtheil der Hilfsmittel darstellen, die die nothleidende landwirthschaftliche Produktion im nationalen und sozialen Allgemein-Interesse zu fordern berechtigt ist. Die Hauptsache bleibt nach wie vor eine befriedigende Lösung des Problems der Getreidepreise, so oder so. Es muß unbedingt eine Methode ausfindig gemacht werden, die die Getreidepreise nicht nur aus der Umklammerung der Spekulation befreit, sondern sie auch den Preisschwankungen des Weltmarktes entzieht und sie, als die Bewerthungen einer ausgesprochen nationalen Produktion, auch im Wesentlichen den Bedürfnissen und Existenzbedingungen dieser nationalen Produktion anpaßt und unterwirft. Einem der hierauf bezüglichen Vorschläge wird jede Regierung früher oder später ernstlich näher treten müssen. Darüber sollte man sich in den maßgebenden Kreisen lieber schon jetzt keiner Täuschung hingeben, die nur die spätere Entscheidung schwieriger machen könnte. Die landwirthschaftliche Frage hat bis heute nicht nur nichts an Intensität eingebüßt, sondern sie ist immer brennender geworden. Sehr bezeichnend in dieser Hinsicht ist eine Nachricht, die aus Mecklenburg kommt, des Inhalts, daß der diesjährige Landtag mit der großen Mehrheit von 74 gegen 20 Stimmen beschlossen hat, eine künstliche Vermehrung des bäuerlichen Grundbesitzes durch entsprechende Abtrennungen von den großen Liegenschaften vorzunehmen: ein Akt der Selbstentsagung auf Seiten des Großgrundbesitzes, der so recht geeignet ist, ein richtiges Bild von der bestehenden Nothlage der Landwirthschaft zu geben, und den sich die manchesterlichen Feinde der Landwirthschaft zu Herzen nehmen sollten, wenn man bei ihnen ein Herz für die nahrungspendende Scholle überhaupt zu entdecken vermöchte.

Vor 25 Jahren.

Versailles, 28. November. Der Königin Augusta in Berlin. Gestern siegreiches Treffen südlich von Amiens durch General Manteuffel mit einem Theile der 1. Armee. Einige Tausend Mann feindlicher Verlust, 700 Gefangene, 1 Fahne der Mobilgarde. 9. Husaren-Regiment ritt ein Marine-Bataillon nieder. Unsere Verluste nicht unbedeutend. Wilhelm.

Versailles, 28. November. Generalfeldmarschall Prinz Friedrich meldet: Am 28. wurde 10. Armeekorps durch bedeutend überlegene Kräfte des Gegners angegriffen. Es concentrirte sich bei Beaune la Rolande, woselbst es sich siegreich behauptete und am Nachmittage in meinem Beisein durch die 5. Division und 1. Kavallerie-Division unterstützt wurde. Unser Verlust etwa 1000 Mann. Feindliche Verlust sehr bedeutend, viele Hundert Gefangene in unseren Händen. Kampf endete nach 5 Uhr.

Moreuil, 28. November. Gestern bis nach Eintritt der Dunkelheit siegreiche Schlacht der 1. Armee gegen die im Vorrücken begriffene feindliche Nord-Armee. Der an Zahl überlegene gut bewaffnete Feind mit Verlust von mehreren Tausend Mann gegen die Somme und auf seine verschanzte Stellung vor Amiens zurückgeworfen. Ein feindliches Marine-Bataillon vom 9. Husaren-Regiment niedergeritten. Eigener Verlust nicht unbeträchtlich.

Ferner ist von der 1. Armee Meldung eingegangen: Infolge der siegreichen Schlacht am 27. ist Amiens am 28. vom General Goeben besetzt worden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. November.

Berlin. Die Eröffnung des Reichstages erfolgt am 3. Dezember Mittags 12 Uhr im weißen Saale des hiesigen Schlosses durch den Kaiser. Der Eröffnung gehen Gottesdienste für die Mitglieder des Reichstages voraus. Zuschauer zu dem Eröffnungsakt können nicht mehr zugelassen werden, nachdem bei dem Umbau des weißen Saales die frühere Zuschauertribüne fortgefallen ist. — Zu der Mittheilung der „Frankf. Ztg.", Freiherr v. Stumm habe die Absicht geäußert, den Kaiser gegen alle sozialistischen Bewegungen scharf machen zu wollen, bemerkt das „Volk": Wir haben Grund, die Mittheilung der „Frankf. Ztg." für durchaus glaubwürdig zu halten. Herr v. Stumm hat schon wiederholt versucht den Kaiser scharf zu machen. Bei einem im vorigen Winter stattgefundenen Diner entwickelte der Kaiser dem Freiherrn v. Stumm und mehreren hochgestellten Persönlichkeiten den Begriff eines „festen Regiments". Freiherr v. Stumm vertrat dabei den in obigen Auslassungen zur Geltung kommenden Standpunkt mit solchem Erfolg, daß sogar ein Minister, der selbst große Sehnsucht nach einem „festen Regiment" und einer günstigeren parlamentarischen Lage zeigt, später Freunden gegenüber seinen Besorgnissen Ausdruck gab. — Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Stadthagen wurde heute wegen Beleidigung der gesammten preußischen Staatsbeamten zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. — Professor Hans Delbrück theilt mit, daß in seiner bekannten Prozeßsache ihm jetzt die Anklageschrift zugegangen sei. Die Anklage, die auf Antrag des Ministers des Innern erhoben ist, lautet auf Beleidigung der Polizei und ihrer Organe, nicht der politischen Polizei, wie von Herrn Delbrück bei seiner ersten Vernehmung laut seiner Angabe mitgetheilt worden war.

Berlin. Die „Post" bemerkt zu den umlaufenden Krisengerüchten, daß dabei der Wunsch meist der Vater des Gedankens sei. Auch jetzt, wo die Krisengerüchte wie Pilze aus der Erde schießen, und, abgesehen von dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, nicht weniger als 5 Minister als amtsmüde bezeichnet würden, v. Boetticher, v. Köller, v. Berlepsch, Freiherr v. Marschall und Bronsart v. Schellendorff, dürfte dies betreffs der beiden Erstgenannten, sicher aber nicht betreffs der Anderen angenommen werden. Nur betreffs des Kriegsministers läßt sich in dieser Hinsicht eine Fährte noch nicht recht erkennen. Diese Gerüchte machten den unerwünschten Eindruck der Unsicherheit in den Kreisen der Regierung und seien daher nichts weniger als geeignet, das Vertrauen zu dieser und zu der Entwickelung der inneren politischen Verhältnisse zu stärken. Es sei daher unverantwortlich, persönlicher Antipathie oder Sonderbestrebungen willen solche Gerüchte in die Welt zu setzen. So erwachse aus der Lage der Dinge andererseits auch der Regierung die unabweisbare Pflicht, das Ihrige zur Beseitigung der schädlichen Wirkung solcher Krisengerüchte zu thun. Mit Dementiren sei es dabei freilich nicht abgethan, sondern dazu gehöre, daß in allen Kreisen die Ueberzeugung von dem Bestehen eines starken einheitlichen und zielbewußten Regiments verbreitet werde. Eine entschlossene und zugleich besonnene Initiative auf allen Gebieten der inneren Politik, insbesondere das energische Vorgehen auf der Bahn einer planmäßigen, auf wirksame Abwehr gegen die sozialrevolutionären Bestrebungen gerichteten kräftigen Sozialpolitik, seien das richtige Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Berlin. Die neubegründete preußische Genossenschaftskasse, deren Direktor bez. Präsident Freiherr v. Huene ist, war heute, Mittwoch, zur ersten Ausschußsitzung zusammengetreten. An demselben Tage 7 Uhr Abends war für die Mitglieder des Ausschusses vom Finanzminister Dr. Miquel ein Essen in den Räumen des Finanzministeriums veranstaltet worden. Der Kaiser hatte sein Erscheinen zu diesem Essen zugesagt, wo er auch in der achten Stunde erschien. Der Finanzminister empfing den Kaiser und geleitete ihn nach der festlich geschmückten Privatwohnung. Dort ließ sich der Kaiser die Ausschußmitglieder vorstellen und hielt Cercle.

Berlin. An der hiesigen Börse verlautete, daß eine Bankfirma mittleren Ranges, die mit Berlin umfängliche Verbindungen hatte, in Zahlungsschwierigkeiten gerathen sei. Ueber den Namen der Firma war bis heute Nachmittag noch nichts zu erfahren. Ferner soll in Paris die Bankfirma Grünbaum Frères in Zahlungsschwierigkeiten gerathen sein. Die Grünbaum's stammen aus Frankfurt a. M.

Berlin. Die Auslieferung der Gebrüder Bingen aus Genua, die bekanntlich nach größeren Defraudationen nach Holland geflüchtet waren, gestattet die holländische Regierung nur unter der Bedingung, daß den Gebrüdern Bingen ausschließlich der Prozeß wegen betrügerischen Bankerotts gemacht werde, andernfalls müßten die Gebrüder Bingen nach Holland zurückgeschickt werden. Es scheint nunmehr, daß der Anklage wegen betrügerischen Bankerotts nicht einmal stattgegeben werden kann und es demnach zu einem Prozeß überhaupt nicht kommen werde.

Lübeck. Se. Majestät der Kaiser richtete vom Neuen Palais aus an den hier lebenden Generalmajor z. D. von Conring ein Telegramm, in welchem er an die Theilnahme des Generalmajors an der Schlacht bei Amiens erinnert.

Köln. Ein Auszug aus einem Vertrauensbericht des Bürgermeisters Haniann an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten wird durch das in Solingen erscheinende sozialistische Blatt veröffentlicht. Er enthält das vom Regierungspräsidenten durch vertraulichen Erlaß, der ebenfalls veröffentlicht wird, geforderte Material über die Verhältnisse und das Wachsen der sozialdemokratischen Partei.

Nordhausen. Der Getreidemakler Rudolph hat sich, seine Frau, seinen Sohn und seine Tochter vergiftet. Rudolph war todt, die Uebrigen wurden sterbend in's Krankenhaus geschafft. Das Motiv der That sollen zerrüttete Vermögensverhältnisse sein.

Kattowitz, Oberschlesien. In der heutigen, in Kattowitz abgehaltenen Generalversammlung der vereinigten oberschlesischen Walzwerke wurde die Verlängerung dieser Vereinigung auf die Dauer von zwei Jahren, also bis ultimo Dezember 1897, einstimmig beschlossen. Es wurde konstatirt, daß die Beschäftigung sämmtlicher Werke außergewöhnlich günstig ist, so daß für jeden weiteren Verkauf äußerste Zurückhaltung geboten erscheint.

München. Während der Manöver wurde am 17. September ein Kanonier des 4. Artillerie-Regimentes, welcher sich beim Abfeuern eines Geschützes vor der Geschützmündung befand, getödtet. Das Militärgericht verurtheilte deshalb den Sekondeleutnant Mayr zu 43 Tagen Festungshaft. Ein Unteroffizier und ein Kanonier wurden freigesprochen.

Wien. Dem von dem Abgeordneten Dr. Böckel herausgegebenen antisemitischen Blatte „Deutsches Volksrecht" ist in Oesterreich das Postdebit entzogen worden.

Pest. Abgeordnetenhaus. Nach einer Verhandlung von 3½ Wochen wurde das Budget von einer bedeutenden Majorität als Basis der Spezialdebatte angenommen.

Paris. Kammer (Schluß). Bei Fortsetzung der Debatte über die Organisation der Madagaskar-Expedition wurde der Antrag des Sozialisten Jourde auf Ernennung einer Untersuchungskommission mit 409 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Eine vom Ministerpräsidenten Bourgeois acceptirte Tagesordnung, welche die Erklärungen der Regierung billigt und die Truppen beglückwünscht, wurde mit 426 gegen 51 Stimmen angenommen. Schließlich wurde der Dringlichkeitsantrag des Sozialisten Groussier, die vorigen verantwortlichen Minister anzuklagen, mit 417 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Paris. Alexander Dumas' Befinden hat sich im Laufe des Vormittags gebessert. Das Bewußtsein ist wieder zurückgekehrt, doch ist sein Zustand immer noch bedenklich.

Paris. Alexander Dumas ist heute Abend gestorben.

Brest. Das russische Geschwader ist heute Vormittag auf der hiesigen Rhede eingetroffen. Salute wurden gewechselt.

London. Aus Konstantinopel wird gemeldet, der Minister des Auswärtigen habe gestern dem englischen Botschafter mitgetheilt, die Vermehrung der Stationsschiffe würde bewilligt werden.

London. Die griechischen Gesandten in Berlin, London und Paris haben die Verhandlungen mit dem Bondholder-Komitee in den genannten Hauptstädten in der Absicht wieder eröffnet, zu einem befriedigenden Uebereinkommen zu gelangen. Um hierzu beizutragen, hat die griechische Regierung den Grundsatz genehmigt, daß der Ueberschuß aus den Einnahmen, welche speziell

Pfund's garantirt keimfreie **Kindermilch.** Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.